



Freier Fall

Die Türkische Lira verliert wieder dramatisch an Wert. **Seite 2**

Foto: iStock/spawns

Geheime Revolution

Präsident Hernández plant den Ausverkauf von Honduras. **Seite 3**

Legende vom Nazi-Schatz

In Bonn und Bern zeigen zwei große Ausstellungen die Sammlung von Cornelius Gurlitt, die teilweise bis heute unter Raubkunstverdacht steht. **Seite 13**



Foto: dpa/Oliver Berg

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Mittwoch, 6. Dezember 2017

72. Jahrgang/Nr. 284

Berlinausgabe 1,80 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Legitimation durch Macht

Sebastian Bähr hält die G20-Razzien für eine schlechte Show

Fünf Monate nach den G20-Protesten ging die Polizei mit bundesweiten Hausdurchsuchungen gegen die linke Szene vor. Man wollte Informationen über eine angeblich gewalttätige Gruppe im Hamburger Rondenberg finden, so die Begründung. Der Verlauf des Einsatzes, die erwartbaren und wenig beeindruckenden »Waffenfunde« sowie die Pressekonferenz lassen jedoch erahnen, dass es den Sicherheitsbehörden um etwas anderes ging: Der Kampf um die Deutungshoheit der G20-Proteste läuft derzeit zumindest in Teilen der Öffentlichkeit zuungunsten der Polizei.

Ein aktuelles symbolisches Gefecht, der Prozess gegen den Italiener Fabio V., hatte offenbart, wie mit fadenscheinigen Anschuldigungen an Aktivisten ein Exempel statuiert werden soll. Der Beschuldigte saß stellvertretend für alle Teilnehmer der umstrittenen Rondenberg-Demo auf der Anklagebank. Jüngst konnte er mit einem Lächeln die Haft verlassen – für die Erzählung der Polizei eine Niederlage. Im Nachhinein durch die Razzien die Gefährlichkeit besagter Gruppe erneut herauszustellen, scheint naheliegend. Vor allem bei 14 schwer verletzten Demonstranten. Im Gesamtkontext der G20-Proteste war Rondenberg ein kleiner Schauplatz.

Die Diskreditierung dieser Aktivisten bedarf besonderer Methoden: Das Mitlaufen im schwarzen Block an sich wird zum kriminellen Akt, die Öffentlichkeitsfindung nach der RAF nun gegen G20-Protestierer eingesetzt. Das Demonstrationsrecht fällt der harten Hand zum Opfer.

UNTEN LINKS

An dieser Stelle Ihrer Lieblingszeitung werden regelmäßig die ganz dicken Bretter gebohrt. Aus kleinen Textchen, Nusschalen gleich, entspinnt sich manchmal ein ganzes Universum. Dabei will man oft ja nur seine Ruhe haben. Und sich in seliger Gewohnheit wiegen lassen. Deshalb hier nun exklusiver Service für alle, die einfach nur wollen, dass alles so ist wie immer. Und dann noch einmal. Warum nicht dreizehn Mal? So oft wird im deutschen Fernsehen von Heiligabend an »Drei Haselnüsse für Aschenbrödel« gezeigt. Teilweise ist die Kutse samt böser Stiefmutter noch gar nicht ins Eiswasser gekippt, da geht die wilde Fahrt durch Kindheitserrinerung und Ohrwurmgefahr auf einem anderen Sender wieder von vorn los. Das überfordert viele. Deshalb kann man den Film mittlerweile auch pausenlos streamen. Sogar am Amazonas. Eine tolle Brosame! Wirkliches Glück ist aber so nicht lieferbar, der Empfänger wird leider nicht zu Hause angetroffen. Er fährt gerade Pakete aus. stf

USA machen dicht

Oberstes Gericht bestätigt Einreiseverbot für Menschen aus sechs Ländern



Protest gegen die Einreisebeschränkungen in Washington D.C.

Foto: AFP/Jim Watson

Berlin. US-Präsident Donald Trump hat einen Erfolg vor dem Obersten Gerichtshof erzielt: Trotz aller Proteste können die umstrittenen Einreisebeschränkungen für Bürger aus sechs mehrheitlich muslimischen Staaten vorläufig vollumfänglich in Kraft treten. Das Oberste Gericht der USA bestätigte am Montag die Gültigkeit der Verordnung, jedoch ohne eine Begründung zu nennen.

Die Entscheidung erging mit sieben gegen zwei Stimmen im Richterkollegium. Allerdings gilt sie nur, bis untergeordnete Instanzen in laufenden Berufungsverfahren zu einer Entscheidung über die Verordnung gelangt sind.

Trump begründet die Einreisebeschränkungen mit dem Schutz vor Terrorgefahren. Sie enthalten Restriktionen für Bürger aus Iran, Jemen, Libyen, Somalia, Syrien und Tschad. Außerdem wird allen Staatsbürgern Nordkoreas und Regierungsvertretern aus Venezuela die Einreise in die USA untersagt.

Des Weiteren verkündete Trump am Montag die Verkleinerung zweier Naturschutzgebiete in Utah um 5000 Quadratkilometer. Der Präsident sagte, die Flächen sollten frei werden, damit Einheimische wandern und jagen gehen können. Kritiker der Maßnahme befürchten jedoch, dass durch die Aufhebung

des Naturschutzes Bohrungen nach Bodenschätzen und Fracking möglich werden und Utah erst der Anfang sein könnte.

Eines der Gebiete, das National Monument »Bears Ears«, hatte Trumps Vorgänger Barack Obama erst im Dezember vorigen Jahres unter Schutz gestellt. Amy Goodman, die Sprecherin von »Democracy Now!« (Demokratie Jetzt) sagte im Gespräch mit »nd«, es sei »Trump's Hauptziel, den Namen und die Präsidentschaft von Obama vergessen zu machen, seine Politik komplett auszulöschen.« Agenturen/nd

Seite 5

Bundesweite Razzien nach G20-Protesten

Durchsuchungen mit 600 Polizisten in acht Bundesländern / Drei Jahre Gefängnis für Randalierer

Mit einem Großaufgebot gingen Hunderte Beamte am Dienstag gegen vermeintliche Teilnehmer eines »Schwarzen Blocks« vor.

Von Robert D. Meyer, Elsa Koester und Reimar Paul

Infolge der Ausschreitungen beim G20-Gipfel im Juli in Hamburg hat es am Dienstagmorgen bundesweite Razzien gegeben. Ab sechs Uhr früh wurden Wohnungen in acht Bundesländern durchsucht, unter anderem in Hamburg, Berlin und Niedersachsen, teilte die Hamburger Polizei mit. Festnahmen gab es keine. Insgesamt waren fast 600 Polizisten im Einsatz. Die Razzien stehen im Zusammenhang mit den Ermittlungen wegen des Verdachts des schweren Landfriedensbruchs am Morgen des 7. Juli am Hamburger Rondenberg. Wegen der dortigen Auseinandersetzung zwischen der Polizei und einer Gruppe Anti-G20-Demonstranten steht auch

der italienische Aktivist Fabio V. vor Gericht.

Wie die Hamburger Polizei am Montagmittag in einer Pressekonferenz erklärte, hatten die Beamten insgesamt 24 Objekte im Visier, darunter private Wohnungen und linke Stadtteilzentren. Das linke Hamburger Kulturzentrum »Rote Flora« wurde bei dem Einsatz am Dienstag aber nicht durchsucht, so ein Polizeisprecher. In der Stadt kontrollierten Beamte aber die Wohnung eines mutmaßlichen Mitglieds der linksradikalen Gruppe »Roter Aufbau Hamburg«. Die Vereinigung hatte mit teilweise martialisches Videos für die Proteste gegen den G20-Gipfel gewonnen. Laut der Polizei Hamburg ging es bei den Razzien ausschließlich um die Ereignisse am Morgen des 7. Juli in der Straße Rondenberg ging. Damals kam es nach Darstellung der Beamten zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen etwa 200 Gipfelgegnern und den

Einsatzkräften. Ein Polizeivideo weckte jedoch bald Zweifel an der Darstellung der Beamten. Unstrittig ist: Es gab damals 70 Festnahmen, darunter 15 Verletzte mit Arm- und Beinbrüchen.

Hamburgs Polizeipräsident Ralf Martin Meyer machte deutlich, dass allein die Teilnahme am »Schwarzen Block« bereits für die Ermittlungen ausreichte, da die Angriffe auf die Polizei niemandem aus der Gruppe verborgen geblieben sein könnten.

Bei der Razzia wurden vor allem Laptops, Mobiltelefone und Speichermedien beschlagnahmt. In allen Fällen sei sicher, dass die Beschuldigten bei den Ereignissen in der Rondenberg dabei gewesen seien, so die Polizei. Für die Sonderkommission gehe es darum, näher an den »Kern der autonomen Szene heranzukommen.« Für Aufregung sorgte die Ankündigung der Polizei, weitere Beschuldigte mittels Öffentlichkeitsfahndung suchen zu wollen.

Es seien noch für diesen Monat Maßnahmen geplant.

Mit drei Jahren und drei Monaten Gefängnis für einen 30-Jährigen hat derweil Hamburgs Justiz ihr bislang härtestes Urteil gegen einen G20-Randalierer verhängt. Der Angeklagte habe in der Nacht zum 8. Juli in der Sternschanze Polizisten mit Steinen beworfen und Geschäfte ausgeräumt, begründete der Richter seine Entscheidung. Seite 6

Lesen Sie heute im Ratgeber

Kampf gegen Raser: Neuer mobiler Blitzer

Weihnachtsgeld: Gibt es einen Anspruch?

Düsseldorfer Tabelle: Plus beim Unterhalt

Schwarze Liste der Steueroasen

Europäische Union prangert nur 17 Staaten und Gebiete an

Brüssel. Nach monatelangen zähen Diskussionen hat die EU 17 Gebiete auf eine schwarze Liste von Steueroasen gesetzt. Darauf verständigten sich die EU-Finanzminister am Dienstag in Brüssel. Die Steuerpraktiken von gut 45 zusätzlichen Ländern beziehungsweise Steuerregionen sollen weiter unter die Lupe genommen werden, wie der estnische Finanzminister Toomas Tõniste erklärte. Estland hat derzeit den Vorsitz unter den EU-Staaten inne.

Zu den Staaten auf der Liste gehören Südkorea, die Vereinigten Arabischen Emirate, Panama und Samoa. Ziel ist es, bisherige Steueroasen durch das öffentliche Anprangern zu Gesetzesänderungen beziehungsweise mehr Steuertransparenz zu bewegen. Der Grünen-Europaabgeordnete Sven Giegold sprach von einer »weichgespülten schwarzen Liste«, auf der sich nicht eine der wichtigsten Steueroasen finde. »Die Liste ist politisch verzerrt, da relevante Finanzplätze wie die USA fehlen, obwohl sie die EU-Regeln verletzen.« dpa/nd Seiten 4 und 17

Puigdemont nur in Belgien frei

Oberstes Gericht in Spanien zieht europäische Haftbefehle zurück

Madrid. Das Oberste Gericht Spaniens hat die europäischen Haftbefehle gegen den abgesetzten katalanischen Regionalpräsidenten Carles Puigdemont und vier seiner Minister zurückgezogen. Richter Pablo Llarena verwies am Dienstag zur Begründung seiner Entscheidung auf Ankündigungen der katalanischen Politiker, zu den Regionalwahlen am 21. Dezember aus dem belgischen Exil nach Spanien zurückkehren zu wollen. Die nationalen Haftbefehle auf spanischer Ebene bleiben aber bestehen.

Der Richter führte auch rein juristische Gründe für seine Entscheidung an. Der europäische Haftbefehl könnte die Ermittlungen in Spanien gegen die katalanische Führung erschweren, argumentierte er. So könnte Belgien einige der von Spanien genannten Gründe für den Haftbefehl nicht anerkennen. Dies hätte dann zur Folge, dass es Ungleichheiten in der Behandlung geben könnte zwischen denjenigen, die sich ins Ausland abgesetzt hatten, und jenen, die in Spanien blieben. AFP/nd

Hariri widerruft seinen Rücktritt

Libanons Premier bleibt im Amt

Beirut. Der libanesische Ministerpräsident Saad Hariri hat seine Rücktrittserklärung widerrufen. Hariri kündigte am Dienstag nach einer Kabinettsitzung an, doch an der Spitze der Regierung bleiben zu wollen. Das Kabinett danke Hariri dafür, dass er den Rücktritt zurückgenommen habe, hieß es in einer von ihm selbst verlesenen Erklärung. Zugleich bekräftigte die Regierung »mit all ihren politischen Fraktionen« ihren Willen, sich aus den regionalen Konflikten und den inneren Angelegenheiten der arabischen Staaten herauszuhalten. Das betraf auch das Engagement der libanesischen Schiitenpartei Hisbollah in Syrien auf Seiten der dortigen Regierung.

Hariri hatte am 4. November in der saudi-arabischen Hauptstadt Riad überraschend seinen Rücktritt erklärt und damit eine Regierungskrise in Libanon ausgelöst. Präsident Michel Aoun hatte sich geweigert, den Rücktritt Hariris anzunehmen, bevor er ihn persönlich in Beirut gesprochen habe. Später beschuldigte er Saudi-Arabien, Hariri zum Rücktritt gezwungen zu haben und ihn in Riad gefangen zu halten. AFP/nd

ISSN 0323-4940

